

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juni 2017

dbb magazin



**dbbj berlin:
Neue Impulse für
die Jugendarbeit**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

*Liebe Leserinnen,
lieber Leser,*

Nachrichten über weltweite Cyberangriffe auf Computersysteme von Konzernen und Behörden sind fast an der Tagesordnung. Für den dbb berlin Grund genug, seine erste Personalrätekonferenz in diesem Jahr dem Thema Datensicherheit zu widmen. Zu welchen Schutzmaßnahmen die Experten dringend raten, lesen Sie in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins. Das eigentliche Titelthema dieses Heftes ist aber der jungen Generation gewidmet, die sich im dbb berlin anschickt, die Gewerkschaftspolitik mit neuen Ideen zu beleben.

Eine in der Bundesrepublik einmalige und für die Hauptstadt außerordentlich wichtige Arbeit leistet die Stiftung „Zukunft Berlin“, die sich ohne großes Säbelrasseln dafür mit umso höherer Kompetenz in die Entwicklung der Stadt einbringt. Das hauptstadt magazin berichtet über ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Volker Hassemer.

Noch kurz vor Redaktionsschluss ist der lang erwartete Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung beim dbb berlin eingegangen und ist in seiner jetzigen Fassung leider unzureichend und enttäuschend.

Bei unserem Preisrätsel winken dieses Mal zwei Gewinnern je zwei Eintrittskarten ins Tipi-Zelt zur gefeierten Song- and Dance-Show „The Tap Pack“ am 8. Juli.

Wer dann noch nicht in den Ferien ist, sollte sich die Gelegenheit zum Besuch dieser explosiven Steppentanzshow nicht entgehen lassen.

Bis zur Juli/August-Ausgabe grüßt Sie herzlich
Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

Besoldung: Unzureichender Gesetzentwurf	4
Argumentieren mit belastbaren Zahlen	5
Personalrätekonferenz zur Datensicherheit	8

Schwerpunktthema Jugend

Nachwuchswerbung mit attraktiven Arbeitsplätzen	6
Berliner dbb jugend beim Bundesjugendtag	7

Recht

Beteiligung bei Abmahnungen	10
-----------------------------	----

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Inklusion zu Ende denken!	11
DSTG-Landesgewerkschaftstag	11

Zur Person

Volker Hassemer und die Stiftung „Zukunft Berlin“	12
---	----

Unterhaltung

Steppentanz-Sturm aus Down Under	14
Preisrätsel	14

Zum guten Schluss

Besuch bei der SPD	16
Termin	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta

Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 14,

gültig ab 1.10.2016. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Landesleitung dbb jugend berlin

© hauptstadt magazin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



© MEV

Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung

Das reicht nicht!

Der Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung ist endlich da – und in seiner gegenwärtigen Fassung unzureichend und enttäuschend. Insbesondere das Ziel, den bestehenden wettbewerbs- und motivationsschädigenden Besoldungsrückstand in akzeptabler Weise zu verringern, wird gründlich verfehlt. Dem Senat gelingt es mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht ansatzweise, den bereits vorhandenen Personalnotstand in bestimmten Bereichen zu verringern bzw. weitere Abwanderungen zu anderen Bundesländern zu verhindern.

Im Einzelnen sieht der Entwurf zwar die Übertragung der linearen Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst von insgesamt 4,35 Prozent in 2017 und 2018 vor, die vorgesehenen zeitlichen Verschiebungen der Anpassungen jeweils auf den 1. August relativieren das Ergebnis allerdings schon wieder beträchtlich und dürften sich auch wettbewerbspolitisch gegenüber dem Nachbarland Brandenburg, das eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses beschlossen hat, verhängnisvoll auswirken.

Auch die vorgesehene geringfügige „Mehrerhöhung“ um 0,5 Prozentpunkte zum Abbau des bis zu 15-prozentigen Besoldungsrückstands in Berlin ist völlig unzureichend. Dafür hätte es mindestens einer Erhöhung bedurft, die um ein Prozent den Tarifabschluss übersteigt und vom zuständigen Finanzsenator auch angekündigt worden war.

Insofern dürfte es dem Land Berlin mit dem vorgelegten Gesetzentwurf keinesfalls gelingen, seine Attraktivität als Dienstherr im Wettstreit um die besten Kräfte zu verbessern bzw. die rote Laterne bei dem Besoldungsvergleich zwischen den Ländern abzugeben.

Der Gesetzentwurf enthält auch keinerlei Kompensation für die im Tarifbereich eingeführte Stufe 6 ab

Entgeltgruppe 9 in zwei Schritten mit jeweils 1,5 Prozent zum 1. Januar 2018 und 1. Oktober 2018. Diese strukturelle Maßnahme muss nach Feststellung des dbb berlin mindestens durch die Zahlung eines Einmalbetrages auch auf die Beamten und Richter übertragen werden, um eine erneute Benachteiligung zu vermeiden.

Unzureichend ist auch die beabsichtigte Änderung des Sonderzahlungsgesetzes, die für die Beamtinnen und Beamten in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 im Jahr 2017 nur mit 360 Euro zu Buche schlägt.

Der dbb berlin hatte erwartet, dass die Sonderzahlung insgesamt in angemessener Höhe in die entsprechenden Besoldungsbestandteile eingebaut wird. Den Beamten und Richtern würde so endlich die Sicherheit gegeben, jährlich damit „rechnen“ zu können und nicht mehr politischen Zugriffen allein aus haushalterischen Gründen zu unterliegen.

Der dbb berlin fordert jetzt erhebliche Nachbesserungen an dem Entwurf im Rahmen der parlamentarischen Beratungen. Insbesondere die zeitlichen Verschiebungen der Linearanpassungen dürfen nicht bestehen bleiben und der Anpassungsfaktor zur Beseitigung des Besoldungsrückstandes muss auf mindestens ein Prozent erhöht werden. ■

Besoldungsrückstände

Argumentieren mit belastbaren Zahlen

Fehlentwicklungen, Ungerechtigkeiten und Misstände wollen belegt sein, bevor man Abhilfe erwarten kann. In Sachen Berliner Besoldungsrückstände ist der Nachweis schnell erbracht, denn exakte Zahlenvergleiche mit der Situation beim Bund und in den anderen Bundesländern liefern hier unumstößliche Beweise. Der dbb berlin hat deshalb eine Neuauflage der Broschüre „Besoldungsrückstände im Land Berlin“ herausgegeben, die die Leser des hauptstadt magazins mit der Maiausgabe 2017 als Argumentationshilfe u. a. gegenüber Politik, gesellschaftlichen Gruppen und Presse erhalten haben.

Natürlich mag es zunächst nicht besonders hoffnungsvoll stimmen, dass der erste Versuch des dbb berlin, die in Sachen angemessener Beamtenbesoldung ausgesprochen hartleibige Berliner Sparpolitik mit konkreten Zahlen wachzurütteln, bereits acht Jahre zurückliegt – acht Jahre, in denen die Landesbeamtinnen und -beamten ununterbrochen bei Einkommensvergleichen mit dem Bund und den anderen Bundesländern am schlechtesten abgeschnitten haben.

Dennoch, ganz vergeblich war das Bohren der dicken Bretter in den vergangenen Jahren nicht. Kein Politiker verschließt sich mehr ernsthaft vor der grundsätzlichen Notwendigkeit der Bezügeanpassung – die Dringlichkeit dieser Maßnahme scheint allerdings im Senat und in Teilen des Abgeordnetenhauses noch immer nicht erkannt worden zu sein. Das zeigt nicht zuletzt das unverständliche Hickhack um den Zeitpunkt der Übertragung des aktuellen Tarifergebnisses auf die Beamten. Eine zeitliche Verzögerung kann das Land hier teuer zu stehen kommen und die Abwanderungsbewegung qualifizierter Berliner Landesbeamtinnen und -beamten Richtung Bund und andere Länder deutlich verschärfen. Dort locken nicht nur 400 bis 500 Euro mehr im Monat, sondern auch das Ende des persönlichen Frusts über die mangelnde Wertschätzung des Dienstherrn.

An einem Ausbluten der Berliner Landesverwaltung kann aber niemandem gelegen sein. Deshalb helfen Sie mit, Politik, Presse und Öffentlichkeit von der dringenden Notwendigkeit einer schnellen Anglei-



chung der Berliner Beamtenbezüge an das Niveau der übrigen Gebietskörperschaften zu überzeugen. Die in der Broschüre gesammelten Fakten liefern hierfür eine fundierte und überzeugende Argumentationsgrundlage.

Frank Becker

Ein kleiner Lottogewinn!

Wenn der Bund in Berlin einen Oberinspektor in den besten Jahren mit viel Berufserfahrung benötigt, wird er nicht lange suchen müssen. Dem Bewerber (42 Jahre und 20 Jahre Berufserfahrung) winkt bei einem Wechsel vom Landes- in den Bundesdienst ein um mehr als 400 Euro höheres monatliches Salär – und das am selben Standort!

Für Studienräte (34 Jahre, sieben Jahre Berufserfahrung) liegt der „kleine Lottogewinn“ je nach Mobilität zwischen gut 200 Euro (Brandenburg) und weit über 600 Euro Bayern.

Und das sind nur ein paar alarmierende Beispiele, die sich auch im Anwärterbereich mühelos fortsetzen lassen. ■

dbb jugend berlin

Öffentlicher Dienst muss attraktive Arbeitsplätze bieten!

Nachwuchswerbung ist eines der ganz großen Ziele, das sich die dbb jugend berlin auf die Fahnen geschrieben hat. Welchen Beitrag die Jugendorganisation konkret dazu leisten kann, wollte das hauptstadt magazin vom Landesjugendvorsitzenden Christopher Petsch wissen – und stieß dabei auf überraschend klare Vorstellungen.

Junge Leute, zeigte sich Petsch überzeugt, legen Wert auf attraktive Arbeitsplätze. Mit schäbigen Büroräumen und abstoßenden sanitären Anlagen in maroden Gebäuden werde es schwer, Nachwuchs für den Berliner Landesdienst zu gewinnen. Mindestens ebenso verhängnisvoll wirke sich eine mangelhafte oder völlig veraltete Ausstattung der Arbeitsplätze, speziell im technischen Bereich, aus. „Es macht wirklich keinen Spaß, wenn beispielsweise die Polizei ständig wegen ihrer unzureichenden und vergleichsweise schlechteren Ausrüstung den Kriminellen immer einen Schritt hinterherhinkt“, weiß Petsch aus seiner eigenen beruflichen Erfahrung bei der Polizei Berlin.

Kein Verständnis für Technologie-Muffel

Zu bedenken sei auch, dass die junge Generation mit den neuen Technologien groß geworden ist und deshalb kaum Verständnis für die IT-Steinzeit hat, die noch in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung herrscht.

Langsame Rechner, schwache Leitungen, veraltete Software, die nicht einmal verwaltungsintern kompatibel ist, und Vorgesetzte, die als Technologie-Muffel rückwärts gerichtete Entscheidungen treffen, sind

kein Aushängeschild für den Arbeitgeber „öffentlicher Dienst“ und eine Bremse bei der Nachwuchswerbung.

Arbeitsplätze werden dokumentiert

In Angriff genommen wird deshalb jetzt von der dbb jugend berlin eine Bestandsaufnahme, vor der die Verantwortlichen die Augen nicht mehr verschließen können. Konkret soll eine Fotostrecke die tatsächliche Arbeitsplatzsituation in der Berliner Verwaltung dokumentieren. Die entsprechenden Aufnahmen sollen die Betroffenen selbst liefern, in diesem Fall die Mitglieder der dbb jugend berlin. „Natürlich sind wir nicht nur an abschreckenden Beispielen interessiert“, stellt Petsch in diesem Zusammenhang klar, „wir werden uns über jede positive Bilddokumentati-

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

Ekelige Toiletten, versiffte Flure, kaputter Bürostuhl, veralteter Monitor oder doch einen High-End-Rechner, Klimaanlage, moderne Beleuchtung? Wie sieht euer Arbeitsplatz aus?

Unsere Erfahrung ist, dass viele von euch unter denkbar schlechten Bedingungen arbeiten. Wir wollen, dass sich das ändert! Denn wie sollen wir mit maroden Arbeitsplätzen junge Leute für den öffentlichen Dienst begeistern und langfristig halten?

Wir möchten gern dokumentieren, unter welchen Rahmenbedingungen ihr arbeitet. Dazu brauchen wir möglichst viele aussagekräftige Bilder. Zeigt uns, wie euer Arbeitsplatz aussieht.

Und so sollte eure Einsendung aussehen:

- > Möglichst gute Bildqualität
- > Um welche Behörde/Amt handelt es sich, Anschrift. Was ist eure Funktion innerhalb eurer Dienststelle?
- > Schickt uns eure Fotos per Mail an: post@dbbj.berlin oder auf CD/USB-Stick per Post an dbb jugend berlin, Alt-Moabit 96a, 13559 Berlin ■



Landesjugendvorsitzender mit vielen Ideen: Christopher Petsch

on freuen. Zeigt sie doch, wie Arbeitsplätze im Landesdienst auch aussehen können“.

Als weder zeitgemäß noch konkurrenzfähig gegenüber den größeren Unternehmen der privaten Wirtschaft hat die dbb jugend berlin aber noch weitere Beschäftigungsbedingungen im Landesdienst ausgemacht.

Geld allein ist nicht entscheidend

„Natürlich erwarten Bewerber ein angemessenes Gehalt – aber Geld allein macht die Attraktivität eines Arbeitsplatzes nicht mehr aus. Meine Generation legt außerdem sehr großen Wert auf Flexibilität, auf familienfreundliche Arbeitszeiten, auf Behördenkindergärten und -krippen“, gibt der Landesjugendleiter zu bedenken. Im öffentlichen Dienst sei diese Entwicklung ziemlich verschlafen worden – möglicherweise weil wegen der Überalterung des Personals die Bedürf-

nisse junger Menschen nur wenig Beachtung gefunden haben. Im mittlerweile eingetretenen harten Nachwuchswettbewerb ist ein Umsteuern auch bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach Auffassung der dbb jugend berlin unabdingbar.

Auch mehr gemeinschaftsfördernde Anlässe wünscht sich die dbb jugend in den Dienststellen. Zunächst will sie aber den eigenen Zusammenhalt mit Veranstaltungen und Aktionen stärken. Bereits im Juni wird deshalb wieder eine Trambahnfahrt stattfinden. Weitere Events will die Landesleitung zügig in Angriff nehmen.

Ideen und Pläne gibt es also für den Anfang genug. Das hauptstadt magazin wünscht dem kreativen Vorsitzenden und seiner engagierten Landesleitung auf jeden Fall viel Erfolg bei der Durchführung. ■

Der Bundesjugendtag der dbb jugend bund

„Frech und wild und wunderbar“

Am 12. und 13. Mai fand in Berlin der 18. Bundesjugendtag der dbb jugend bund statt. Die gesamte Landesjugendleitung der dbb jugend berlin hat an diesem für die nächsten fünf Jahre richtungweisendem Ereignis teilgenommen.

Die Stellvertreter Ireen Gallwitz, Stephanie Strohhof, Vanessa See, Martin Kusber sowie der Vorsitzende Christopher Petsch freuten sich über den Austausch mit über 180 anderen Delegierten.

Neben der Beratung und Beschlussfassung zu über 60 Anträgen standen Wahlen zur Bundesjugendleitung und zur Jugendpolitischen Kommission an. Mit 93,3 Prozent der Stimmen wurde die 27-jährige Kommunalbeamtin Karoline Hermann (komba jugend) aus Schwerin an die Spitze der dbb jugend gewählt. Sie folgt auf Sandra Kothe, die nach acht Jahren mit großem Applaus verabschiedet wurde. An ihre Seite wurde u. a. der Berliner Robert Kreyßing von der vbob jugend gewählt. Kreyßing ist 28 Jahre alt und als Regierungsinspektor im Bundesministerium für Bildung und Forschung tätig. Neben ihm wurden Liv Grolik (JUNGE POLIZEI), Patrick Pilat (VDStra.-Jugend) sowie Christoph Strehle (DSTG-Jugend) als Stellvertreter bestimmt. Die Landesjugendleitung der dbb jugend berlin gratulierte den Gewählten herzlich zu ihrer Wahl und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit. Besonders freuen sich Petsch und seine Stellvertreter, dass alle fünf ihre Teilnahme an der Tramfahrt der dbb jugend berlin Anfang Juni zugesagt haben.



Der Berliner in der Bundesjugendleitung: Robert Kreyßing (VBOB)

Die neue dbb jugend-Vorsitzende kündigte im Rahmen ihrer Antrittsrede an, dass sich ihr Gremium weiter für mehr Generationengerechtigkeit und institutionalisierte Partizipation der jungen Menschen einsetzen werde. Hierzu zählt für sie mit Blick auf den öffentlichen Dienst auch eine nachhaltige und Perspektiven stiftende Personalpolitik. „Frech und wild und wunderbar“ wolle sich die neu gewählte Bundesjugendleitung für diese Ziele einsetzen, brachte Herrmann das künftige Engagement auf den Punkt.

Vanessa See

dbb Konferenz zur Datensicherheit

Die Hacker kommen!

Ob Hacking oder Datendiebstahl, ob geknackte Passwörter oder gezielte Angriffe auf mobile Datenträger – Cyber-Kriminalität kann enorme Schäden verursachen. Für den dbb berlin Grund genug, seine Interessenvertreter in den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertreter vor den konkreten Gefahren im Netz zu warnen und sie für einen achtsamen Umgang mit persönlichen Daten zu sensibilisieren. Die erste Betriebs- und Personalrätekonferenz in diesem Jahr stand deshalb ganz im Zeichen der Aufklärung über die Machenschaften der Hacker, denen oft durch einen allzu sorglosen Umgang mit sensiblen Daten Tür und Tor für ihr zerstörerisches Tun geöffnet wird.

Gründlich die Augen geöffnet wurden den rund 125 Teilnehmern der Veranstaltung am 24. Mai 2016 von dem Spezialistenteam der IT-Sicherheitsfirma consectra, Markus Beier und Roberto Becker, die in den Rollen von Hacker und Opfer auf kurzweilige Art die verschiedensten Angriffsformen simulierten und von Anfang bis Ende der ganztägigen Veranstaltung ihr Publikum fesselten und teilweise in ungläubiges Erstaunen versetzten.

Noch recht geläufig schien allgemein die Problematik der sogenannten Phishing-Mails zu sein, die in ihren Word- und mittlerweile auch PDF-Dateien Schadsoftware verbergen, weshalb derartige Anhänge auf jeden Fall nur von vertrauenswürdigen Absendern geöffnet werden sollen. Allerdings ist auch hier allerhöchste Wachsamkeit geboten, weil der Phantasie der Hacker ganz offensichtlich keine Grenzen gesetzt sind. Da werden ganze Homepages nachgebaut und mit Domains verknüpft, die nur ganz geringfügig von den echten abweichen und zum Anklicken von Links auffordern, mit denen sich der User ganz schnell einen Trojaner einfangen kann. Vor dem Anklicken heißt es also: Link-Eigenschaften prüfen, wobei man gut daran tut, den Domainnamen von rechts nach links zu lesen, um zu erkennen, dass etwa der Link zu www.dbb.berlin.de.hacker.com keineswegs zur vertrauten Homepage der gewerkschaftlichen Dachorganisation führt.

Verdächtige Mails nicht weiterleiten

Wer eine verdächtige Mail im Dienst erhält, sollte diese übrigens keinesfalls im Behördennetzwerk weiterleiten, sondern umgehend die IT rufen, damit der potenzielle Angriff nicht noch weiter verbreitet wird.

Im höchsten Maße fahrlässig handelt aber, warnen die „Hacker“, wer alle Eingänge öffnet und die Firewall deaktiviert, Virens Scanner abstellt oder Sicherheits-Updates verzögert durchführt (auch Hacker wissen um die Nachlässigkeit mancher User

nach einem Update und blasen sehr gern zum Angriff auf die aktuell geschlossene Sicherheitslücke).

Wer sich über den Update-Status auf seinem PC nicht sicher ist, sollte sich deshalb den für den Privatgebrauch kostenlosen „Personal Software Inspector“ herunterladen, um etwaige Lücken zu schließen.

Gewarnt sei auch vor Makros, die beispielsweise gern in Excel-Dateien platziert sind und deren etwaiges Schädigungspotenzial von Virens Scannern nicht erkannt wird.

Im schlimmsten Fall: Neuinstallation

Was aber, wenn der Rechner, etwa durch die Umleitung eines Facebook-Links auf eine andere IP-Adresse, gründlich verseucht ist? Hier hilft tatsächlich nur Neuinstallation – eine gewaltige Aufgabe, für die der Nichtfachmann drei bis vier Tage rechnen muss. Immerhin müssen das Betriebssystem samt Updates, alle Computer- und Internetprogramme neu aufgespielt werden. Wer auch auf diesen Super-Gau vorbeireitet sein will, kann eine Sicherheitskopie nicht nur seiner Dateien, sondern auch für ein Backup auf einer externen Festplatte ablegen. Komfortabler sind natürlich Systeme mit zwei Festplatten, die sich gegenseitig spiegeln.



Die „Hacker“ Roberto Becker und Markus Beier (von links) bei ihrer Präsentation.

Einsatz von Geräten

Gefahren lauern für die Anwender aber nicht nur im Netz. Auch mithilfe von Geräten kann Schadsoftware eingeschleust werden. Wer macht sich schon klar, wenn er seine Digitalkamera aus der Hand gibt, dass diese auch ein USB-Stick ist, mit dem auf einfache Weise Malware transportiert und platziert werden kann. Überhaupt sollten USB-Sticks vor Gebrauch unbedingt durch den Viren-Scanner laufen.

Damit sich niemand über das Ausmaß des Schadens, den Hackerangriffe anrichten können, täuschen möge, führten die Referenten das Beispiel eines Mitarbeiters an, dem Kinderpornografie untergeschoben worden war. Bis der wahre Sachverhalt geklärt war, hatte der Mann praktisch alles verloren: Familie, Freunde, Job und Ansehen – wiederherstellen lassen sich die verlorenen Lebensumstände auch bei erwiesener Unschuld bekanntlich nicht.

Hacker mit unterschiedlichen Absichten

Stellt sich die Frage, was das für Menschen sind, die derartige Taten begehen? Unterschieden werden drei Hauptmotivationen von Hackern. Während die einen es vor allem darauf absehen, ihren Mitmenschen Geld aus der Tasche zu ziehen, legen es andere vorrangig darauf an, Schaden anzurichten. Die dritte Gruppe will vor allem Schlagzeilen machen. Ihr sind wohl auch die sogenannten white Hacker zuzurechnen, die einfach wissen wollen, wie weit sie gehen können und keine Schädigungsabsichten verfolgen.

Als Hauptangriffsziele der Hacker gelten insbesondere soziale Netzwerke, persönliche nicht gesicherte Webseiten, Shoppingportale und Unterhaltungsprogramme. Es möge sich niemand, der sich im Google Play Store mit frei verfügbaren Apps versorgt, darüber täuschen, dass diese vom Store-Betreiber lediglich auf Funktionstüchtigkeit aber nicht auf Sicherheit geprüft wird, warnen die Spezialisten.

Jeder User, der seinen Arbeitsplatz – wenn auch nur kurzzeitig – verlässt, sollte zum eigenen Schutz und dem seiner Kollegen nie vergessen, sich von seinem Computer abzumelden. In der Zwischenzeit könnten sonst gefährliche Angriffe stattfinden, etwa durch eine präparierte Maus, durch USB-Sticks oder direkte Manipulationen am Gerät.

Sichere Passwörter vergeben

Bequemlichkeit und Nachlässigkeit haben auch bei der Passwortvergabe nichts zu suchen. Als sicher gilt zurzeit ein mindestens achtstelliger Code mit Zahlen, Buchstaben und Sonderzeichen. Ein Hash-Generator knackt andernfalls ein achtstelliges Passwort in drei Tagen, vier Stellen erledigt er gar in Sekundenzeit-



Gespanntes Auditorium

räumen. Es ist auch keine gute Idee, sich aus Angst vor der eigenen Vergesslichkeit stets mit demselben Kennwort anzumelden. Stattdessen empfiehlt es sich, ein Programm wie z. B. Keepass zu nutzen, das eine verschlüsselte Passwortdatei anlegt, die mit einem Masterpasswort wieder entschlüsselt werden kann. Der Vorteil für den User: Er muss sich nur noch ein Passwort merken.

Es spricht übrigens nichts dagegen, dieses Masterpasswort – für den Fall eines Blackouts – auch handschriftlich zu fixieren und an einem sicheren Ort zu verwahren.

Auch die Anmeldung auf vielen Webseiten unter der gleichen E-Mail-Adresse halten die Experten nicht für optimal. Empfohlen werden zwei Mail-Accounts, einer für wichtige und einer für weniger wichtige, insbesondere nicht mit finanziellen Transaktionen verbundene, Vorgänge.

Angriffe aufs Handy

Last, but not least bietet auch das Handy eine breite Angriffsfläche für Hacker.

Schon wer einen QR-Code einscannt, sollte wachsam sein, wohin die Reise geht. Denn nichts ist einfacher, als derartige Codes auf Plakaten mit veränderten zu überkleben.

Angeraten wird Handybesitzern zudem, sämtliche Apps auf ihre Berechtigungen hin zu überprüfen. Wer etwa für den Download einer Taschenlampen-App seinen Standort preisgeben soll, sollte wohl besser die Finger davon lassen.

Auf die Spitze getrieben wird die Überwachung übrigens durch die US-amerikanische APP Flexi Spy, die in Deutschland nur zur Überwachung von Kindern gestattet ist. Das Spionageprogramm kann allerdings in nur wenigen Minuten – etwa während eines Toilettenbesuchs – dem ahnungslosen Opfer untergeschoben werden. Betroffen von der Schnüffelei sind häufig Ehegatten, Freunde oder Mitarbeiter.

Empfohlen wird von den IT-Sicherheitsexperten deshalb, das Handy auf jeden Fall bei Nichtbenutzung zu sperren, auch wenn dies manchmal lästig erscheint. Von biometrischen Daten zur Entriegelung wird wegen deren Ungenauigkeit abgeraten. Der Daumenabdruck etwa wird so wenig individuell eingescannt, dass praktisch mit jedem 20. Daumen entriegelt werden kann. Darüber hinaus sind Fingerabdrücke nicht allzu schwer zu generieren, etwa vom Trinkglas des Opfers oder durch eine Fotografie erhobener Hände.

Kritisch sehen die Experten auch die ständige Suche des Handys nach WLAN-Verbindungen, die allzu leicht auf unsichere Pfade führen kann. Die W-LAN-Funktion des Handys sollte man deshalb außerhalb des häuslichen und dienstlichen Bereichs deaktivieren.

Waren alle Sicherheitsvorkehrungen vergebens, hilft auch beim Handy nur noch ein Reset. Immerhin ist der nicht ganz so aufwendig wie die Neuinstallation beim PC.

Vorsicht vor Social Engineering

Einfallstor für Hackerangriffe ist häufig Social Engineering, mit dem das Opfer durch geschickte Frage-

stellungen, die häufig mit Hilfsangeboten und dem Aufbau von Druck einhergehen, zur Preisgabe von Informationen oder unbedachten Handlungen getrieben wird.

Gefahren also über Gefahren. Kein Wunder, wenn am Ende der Veranstaltung fast jeder Teilnehmer über seinen eigenen viel zu leichtfertigen Umgang mit der Technik ins Grübeln kam.

Aber auch in Teilen der Verwaltung wird das Thema Datensicherheit teilweise gewaltig unterschätzt. Insbesondere an den Schulen gibt es keinerlei Standards, weil jeder Lehrer auf sich alleingestellt ist, gab eine VBE-Vertreterin dem hauptstadt magazin zu bedenken. Ganz anders in der Steuerverwaltung, berichtete eine andere Teilnehmerin. Hier werde streng auf Datensicherheit geachtet. Für den privaten Bereich habe aber auch sie viel aus der Veranstaltung mitnehmen können.

Offenbar hatte der dbb berlin mit dem Thema der Konferenz und der Auswahl der ebenso kompetenten wie unterhaltsamen Referenten den Nagel auf den Kopf getroffen, was nicht zuletzt der anhaltende Beifall am Ende der Veranstaltung gezeigt hat. ■

Abmahnungen

Frauenvertreterin muss beteiligt werden

Frauenvertreterinnen, die nach dem Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) tätig werden, müssen auch bei Abmahnungen von Beschäftigten beteiligt werden. Das hatte das Verwaltungsgericht Berlin bereits am 27. Februar 2014 – VG 5 K 379.12 – entschieden. Im Berufungsverfahren hat das OVG Berlin-Brandenburg unter Hinweis auf § 17 Abs. 1 LGG Berlin das Urteil am 19. April 2017 bestätigt –4 B 20/14.

Den Entscheidungen zugrunde liegt die Feststellungsklage der Frauenvertreterin einer Anstalt des öffentlichen Rechts, die in der Abmahnung eines Beschäftigten ohne ihre Beteiligung eine Rechtsverletzung sah. Die Anstalt war bei ihrer Vorgehensweise demgegenüber davon ausgegangen, keine „einseitige Maßnahme, die den Rechtsstand des Beschäftigten berührt“ („Maßnahme“begriff, wie ihn das Bundesverwaltungsgericht zum Personalvertretungsgesetz versteht) zu treffen und berief sich zudem auf zwei BVerwG-Entscheidungen aus den 80er-Jahren, in denen die Beteiligung einer Personalvertretung an einer Abmahnung unter ähnlichen gesetzlichen Voraussetzungen abgelehnt worden war.

Die zuständige Frauenvertreterin wollte demgegenüber eine Abmahnung als beteiligungspflichtige per-

sonelle Maßnahme gewertet wissen, die die Rechtsstellung des Beschäftigten sehr wohl berührt.

Das Berliner Verwaltungsgericht gab der Frauenvertreterin Recht, weil Abmahnungen etwa im Rahmen eines Kündigungsverfahrens oder eines Zeugnisses noch künftig Wirkung auf die Rechtsstellung des Betroffenen entfalten können. Es sei deshalb unerheblich, dass die Maßnahme die aktuelle Rechtsstellung des Beschäftigten nicht beeinträchtigt.

Die Beteiligung der Frauenvertreterin bei Abmahnungen ist nach Auffassung des Verwaltungsgerichts darüber hinaus in jedem Einzelfall erforderlich, um potenzielle Diskriminierungen – etwa eine unterschiedliche Abmahnpraxis bei Männern und Frauen – von vornherein auszuschließen. Unmaßgeblich sei in diesem Zusammenhang, ob der konkrete Fall ei-

nen Mann oder eine Frau betreffe und das vorgeworfene Verhalten gleichstellungsrechtlich relevant sei.

Das OVG Berlin-Brandenburg hat sich dieser Auffassung angeschlossen und damit nicht zuletzt auch dem gesetzgeberischen Willen des Landes Berlin Genüge getan. In den Ausführungsvorschriften zum LGG werden nämlich Abmahnungen ausdrücklich als Beispiele beteiligungspflichtiger Tatbestände angeführt.

Das OVG Berlin-Brandenburg hat in seinen inzwischen veröffentlichten Entscheidungsgründen auch allgemeine Aussagen zu dem im LGG Berlin anzuwendenden Maßnahmenbegriff und zum Umfang der Beteiligung nach § 17 Abs. 1 LGG getroffen.

So sind in der Bestimmung die Beteiligungsrechte der Frauenvertretung nicht abschließend aufgezählt und werden sogar noch um ein Recht auf Unterrichtung und Stellungnahme vor Entscheidungen der Dienststelle ergänzt.

Bleibt im Ergebnis wieder einmal festzustellen, dass die Frauenvertreterinnen umfangreichere und früher einsetzende Beteiligungsrechte als die Personalvertretungen haben, denen wiederum mit den Mitbestimmungsrechten das stärkere Beteiligungsrecht zusteht.

RAin Maria Timmermann

VBE Berlin



Inklusion zu Ende denken!

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Berlin fordert gemeinsam mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) die Ausbildung und den zeitnahen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften.

Die VBE-Landesvorsitzende Heidrun Quandt unterstrich in einer Presseerklärung die Dringlichkeit dieses Anliegens: „Durch Inklusion ist nicht nur die pädagogische Herausforderung gewachsen, sondern auch der Anspruch an eine medizinische Versorgung der Kinder gestiegen. Und da geht es nicht um Schnupfen, sondern zum Beispiel um Krebs, Epilepsie, schwerwiegende Allergien und chronische Erkrankungen.“

Die Schulgesetze regeln, so Quandt, die Assistenz bei der Medikamentenabgabe in unterschiedlicher Wei-

se. Um „Bitten“ der Eltern nachzukommen und Inklusion zu ermöglichen, begäben sich Lehrkräfte in Graubereiche des Rechts. Damit provozierte die Politik eine Freiwilligkeitsfalle – mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen.

Inklusion muss zu Ende gedacht werden, verlangen deshalb VBE und BVKJ. Die Politik dürfe die Verantwortung nicht einfach auf die Lehrkräfte abschieben. Medizinische Assistenz sollte von entsprechend ausgebildetem Personal durchgeführt werden. ■

DSTG-Landesgewerkschaftstag

Detlef Dames wiedergewählt

In seinem Amt bestätigt wurde der Vorsitzende der DSTG Berlin, Detlef Dames, beim Steuer-Gewerkschaftstag seiner Organisation am 23. und 24. Mai 2017. Außerdem gehören der neuen Landesleitung Christoph Opitz, Rolf Herrmann, Lisa Stübner, Gabriela Kluge, Manuela Sottong, Rainer Schröder, Oliver Thiess, Christa Röglin und Marita Bartelt an.

Zur Wahl gratulierte auch der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, der der neu gewählten Landesleitung für ihre gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten Jahren alles Gute und viel Erfolg wünschte.

Becker würdigte darüber hinaus den kontinuierlichen und, wenn nötig, auch lauten, Einsatz aller

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der DSTG Berlin, dem es zu verdanken sei, dass das Wort der DSTG, die mit Martina Riedel auch die Vorsitzende stellt, jetzt auch im Gesamtpersonalrat Finanzen noch mehr Gewicht hat. „Hierüber freuen wir uns sehr“, so Becker wörtlich. ■

Stiftung „Zukunft Berlin“ übernimmt Mitverantwortung für die Stadt

Wohl der Stadt, in der sich über 300 außerordentlich kompetente und einflussreiche Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen haben, um deren Zukunft mit Ideen und konkreten Vorschlägen mitzugestalten – und das auch noch ehrenamtlich. Berlin kann sich über ein solch außerordentliches bürgerliches Engagement dank der Stiftung „Zukunft Berlin“ freuen, die der heutige Vorstandsvorsitzende Volker Hassemer und der Kunstmäzen Dieter Rosenkranz 2003 zunächst als Verein aus der Taufe gehoben haben. In einem Gespräch mit dem dbb magazin gab Hassemer Einblick in Projekte, Arbeitsweise und Aufbau der Stiftung, die 2006 von Rosenkranz begründet wurde.

„Alles begann mit der Idee, Menschen, die gern in Berlin leben, an der Entwicklung der Stadt interessiert sind und auch entsprechende Kompetenzen aufweisen, zusammenzuführen, um gemeinsam Visionen und Projekte voranzutreiben,“ erläutert der Vorstandsvorsitzende. Nach 14-jähriger Arbeit – zunächst als Verein und seit 2006 als Stiftung – werden mittlerweile nicht weniger als 30 Projekte betreut, über 300 Persönlichkeiten bringen ihren Erfahrungsschatz, ihre Ideen und insbesondere auch ihre Verbindungen und Netzwerke in die Stiftungsarbeit ein und die Erfolge der gemeinsamen Arbeit können sich sehen lassen.

Entscheidungen gemeinsam vorbereiten

„Tatsächlich sind die persönlichen Netzwerke unserer Aktiven, die sich durch die Zusammenarbeit in der Stiftung nochmals vervielfachen, von entscheidendem Wert für die von uns angestrebte gemeinsame Entscheidungsvorbereitung zwischen Politik und Gesellschaft,“ betont Hassemer.

Und an Ideen und Umsetzungsvorschlägen herrscht bei „Zukunft Berlin“ kein Mangel, wenn man bedenkt, dass die Zahl der Projekte mittlerweile auf runde 30 angewachsen ist.

Dabei geht es unter anderem um Fragen der Stadtentwicklung, wie die Gestaltung der Berliner Mitte oder des Kulturforums, um Flüchtlingshilfe und natürlich auch um Europa.

Wichtige Gespräche finden gegenwärtig beispielsweise zur Nutzung des Humboldtforums statt, das nach dem Willen der Stiftung nicht nur ein Museum, sondern eine Begegnungsstätte der Kulturen der Welt mitten in Berlin werden soll. Schon vor Baubeginn hatte sich die Stiftung dort engagiert und das brache Schlossplatzgelände mit einer viel beachteten temporären Kunsthalle in ein Zentrum der modernen Kunst verwandelt.



Auch über die Großbaustelle, die viele Jahre durch den vorgesehenen Bau des Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts auf dem Kulturforum entstehen wird, macht man sich bereits Gedanken: Der öffentliche Raum dort soll während der Bauphase in ein echtes Forum verwandelt werden, das insbesondere auch den Zugang zu den ansässigen Kultureinrichtungen während der Bauzeit erleichtern soll.

Eine völlig andere Thematik verfolgt die Stiftung mit dem Projekt „Wasser als besonderes Potenzial“, das vorrangig die Bedeutung des Wassers für Berlin in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken will. Außerdem geht es um bessere Wasserqualität der Flüsse und Seen und den attraktiven Zugang zu den Berliner und Brandenburger Gewässern.

Modell Rütli

Klare Ziele hat die Stiftung auch für den Berliner Sport oder mit dem Modell „Rütli“ für die schulische Integration entwickelt. Wer erinnert sich nicht an den „Offenbarungseid“ der ehemaligen Rütli-Schule im Berliner Problembezirk Neukölln, die den sozialen und sprachlichen Herausforderungen durch eine 90-prozentige Schülerschaft mit fremden Herkunftssprachen nicht mehr gewachsen war. Heute ist dort unter intensiver Begleitung der Stiftung eine Ge-

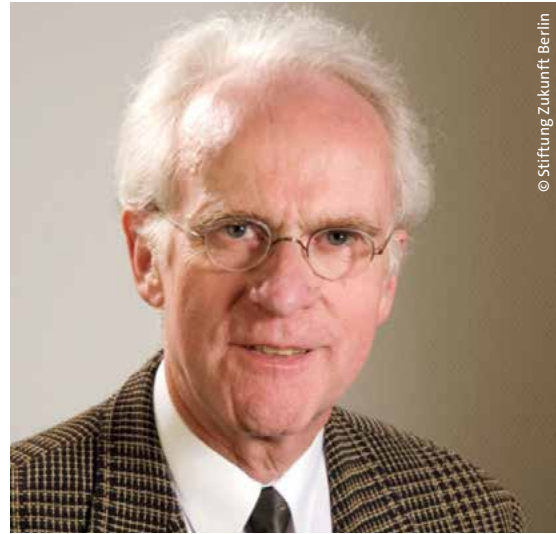
STIFTUNG ZUKUNFTBERLIN

meinschaftsschule mit Ganztagsbetreuung entstanden, die allenfalls noch für positive Schlagzeilen sorgt. Ein Einzelfall soll die Verwandlung der Schule deshalb auch nicht bleiben, die Stiftung arbeitet vielmehr am Modell einer sinnvollen schulischen Integration bei kultureller und sozialer Vielfalt, das auch für andere Städte wegweisend sein kann.

Auch für die Zukunft der Wissenschaft, für neue Impulse im europäischen Einigungsprozess und sogar für gutes Essen macht die Stiftung sich stark. „Die Projekte werden von den Aktiven der Stiftung selbst vorgeschlagen und auch begleitet. Wenn allerdings deutlich wird, dass politisch so gut wie keine Durchsetzungschance besteht, kleben wir auch nicht an solchen Zielsetzungen“, erklärt Hassemer in diesem Zusammenhang. Eingetreten ist ein solcher Fall beispielsweise bei dem Versuch, einen stärkeren Zusammenschluss der Regionen Berlin und Brandenburg zu fördern.

Erfahrungsschatz wird „recycelt“

Eine besondere Stärke der Stiftung liegt, so Hassemer, natürlich darin, dass die handelnden Personen während ihres früheren oder auch noch andauernden Berufslebens einen Erfahrungsschatz aufgebaut haben, der praktisch recycelt wird, ohne dass bei der ehrenamtlichen Arbeit für die Stiftung irgendwelche Machtpositionen im Auge behalten werden müssen. Der Vorstandsvorsitzende Volker Hassemer, als früherer Senator für Stadtentwicklung und auch Kultursenator in Berlin durchaus mit politischen Zwängen vertraut, wird das ebenso zu schätzen wissen, wie die ehemalige Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und spätere Bevollmächtigte beim Bund, Hella Dunger-Löper, Ex-Bundestagspräsi-



© Stiftung Zukunft Berlin

Vorstandsvorsitzender Volker Hassemer

dent Wolfgang Thierse oder der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen. Bekannte Namen findet man aber nicht nur aus dem Politikbereich: Bundespräsidentenwitwe Christina Rau, Ulrich Deppendorf, ehemaliger Leiter des ARD-Hauptstadtstudios, Ex-ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser, Verlegerin Friede Springer und viele, viele andere haben sich der Zukunft Berlins verschrieben.

Berlin – wo sonst?

Bislang ist Berlin übrigens die einzige bundesdeutsche Stadt, die ein solch weitreichendes und kompetentes Engagement ihrer Bürger vorweisen kann. Hassemer zeigt sich aber überzeugt, dass es künftig ohne eine gemeinsame Entscheidungsvorbereitung von Zivilgesellschaft und Politik sehr schwer sein dürfte, die wachsende Entfremdung zwischen Bürgerschaft und Politik zu stoppen. Die Stiftung hat deshalb die neue Form der Kooperation entwickelt. „Und für uns ist Berlin der Ort, dies zu praktizieren – wo denn sonst?“, heißt es dazu in einer Publikation von „Zukunft Berlin“.

Mit etwas Glück ins Tipi-Zelt

Zwei mal zwei Karten für die Song- and Dance-Show „The Tap Pack“ am 8. Juli 2017 winken dieses Mal den glücklichen Gewinnern unseres Preisrätsels. Wie immer gilt es zuvor das richtige Lösungswort des nachstehenden Schwedenrätsels zu entschlüsseln und bis 18. Juni einzusenden an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
oder Fax: 030/327952-20.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ■

The Tap Pack

Zwei wunderbare Sommermonate lang werden fünf junge Männer aus Australien das Berliner Publikum im Tipi am Kanzleramt mit energiegeladenen, kraftvollen und explosiven Stepptänzen begeistern.

Bei der Europapremiere ihrer neuen Song-and-Dance-Show vom 2. Juni bis 30. Juli im Tipi am Kanzleramt, präsentieren die australischen Step- und Gesangskünstler – wie der Name ihres Programms schon erahnen lässt – Songs und Choreografien nach den musikalischen Welterfolgen des legendären „Rat Pack“ Frank Sinatra, Dean Martin und Sammy Davis Jr.

Aber auch Tophits von Michael Bubl , Beyonce oder Ed Sheeran singen, tanzen und entertainen die Boys von Down Under eine glitzernde Nacht lang auf allerh chstem Niveau.

F r die Deutschland-Premiere ihrer mitreißenden Show verwandeln sie die B hne in einen Music-Club und präsentieren einen Abend lang frische Interpretationen cooler Klassiker auf allerh chstem Niveau.

The Tap Pack sind: Sean Mulligan, Ben Brown, Jesse Rasmussen, Tom Egan and Jordan Pollard.
Tipi am Kanzleramt
2. Juni bis 30. Juli 2017
Di. bis Sa. 20.00 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr
So. 19.00 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr
Tickets: 030.390 665 50
Fax: 030.398 384 36
E-Mail: tickets@tipi-am-kanzleramt.de ■

roter Edelstein	Lieb-schaften betref-fend	Außen-schicht bei Bäumen	▼	Vorrich-tung zum Heizen, Kochen	kahl werden (Tannen)	▼	Boots-ruder	mit großer Flamme brennen
▶	▼	▼			▼			▼
Leih-wagen	▶				7			
▶				Be-schwer-de bei Gericht			hinge-streckt sein	
Stadt am Rhein, in NRW			Schöpf-löffel	▶				
echt; ehrlich	▶					dritter Fall, Wemfall		
Bett-wäsche-stück		waage-rechte Reihe	süd-amerika-nisches Gebirge	▶		▼		
▶	2	▼			Einrichtung für Winter-sport-lehrgänge			gefühls-betont, schwärmerisch
Studien-halbjahr	▶					6		▼
verhält-nis-masig	heftig rütteln-de Be-wegung	frühere schwed. Pop-gruppe		Licht-spiel-theater	▶			
▶	▼	▼					amerika-nisches Landgut	
Bilder-rätsel	▶				5		Haupt-stadt von Peru	
Tier-huter		österr. Amts-, Ehren-titel		schott. Stammes-verband	▶		▼	
▶		▼	4					
lockeres Gestein			elast. Kautschuk-produkt	▶				1
▶				von da an			unecht wirken-des Ver-halten	
Hülsen-frucht	▶					existenz-gefahrend	▼	
Eigen-schaft, Wesens-merkmal			Gurgel, Schlund		kleines hirschartiges Waldtier	▶		
▶			▼					Anzahl, Masse
an-maend, vorlaut		Innen-hof (lat.)	▶					▼
▶	8				ugs. für nein	▶		
Vorsilbe: zwischen (lat.)		Geliebte des Leander	▶				Abk. für Neues Testa-ment	
▶					schmal; begrenzt	▶		3
in Rich-tung, nach	▶			ein Balte	▶			

Mit ViP-Tickets in den Friedrich- stadtpalast ...

werden jeweils mit Begleitung unsere Gewinnerin bzw. unser Gewinner des Mai-Preisrätsels, Regina Battke und Uwe Alscher gehen. Das hauptstadt magazin wünscht gute Unterhaltung. ■

dbb Landesleitung besucht SPD-Landesdelegiertenversammlung

Unmittelbar vor Ort hat sich die dbb Landesleitung bei der Delegiertenversammlung der Berliner SPD über den künftigen Kurs der Partei informiert. ■



Bodo Pfalzgraf, Synnöve Nüchter und Frank Becker (Landesvorsitzender) (von links)

Termin

Berlin feiert am 15. und 16. Juli bereits zum 25. Mal sein Lesbisch Schwules Stadtfest rund um den Nollendorfplatz. Mit von der Partie ist traditionell auch der dbb berlin mit einem eigenen Stand. „Es geht darum, ein Zeichen für Toleranz und gegen Diskriminierung zu setzen“, so dbb Landeschef Frank Becker. Das Straßenfest beginnt am 15. Juli um 11.00 Uhr.